19. Mai 2017 ■ 66. Ausgabe

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben die Wahl in NRW verloren. Ein trauriger Tag für die Genossinen und Genossen, die bei vielen Veranstaltungen Einsatz gezeigt und hart gekämpft haben.

Positiv ist, dass alle drei Landtagskandidaten aus meinem Wahlkreis den Sprung in den Landtag geschafft haben. Herzlichen Glückwunsch an Marc Herter, Rüdiger Weiß und Rainer Schmeltzer.

Aber nun müssen wir nach vorne schauen und den Bundestagswahlkampf fest im Blick haben.

Wir werden um jede Stimme kämpfen. Auf dem Bundesparteitag in Dortmund werden wir das Wahlprogramm festzurren für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit in unserem Land. Martin Schulz ist nah bei den Menschen. Ich habe mit ihm zusammen Hausbesuche gemacht. Der Mann kommt an. Der spricht eine klare Sprache.

Martin Schulz hat viele junge Menschen begeistert und 17.000 neue Mitglieder in diesem Jahr sind ein deutliches Signal!

Unsere Bilanz der letzten Jahre ist gut. Wir mussten aber auch viele Kompromisse in der Koalition machen. Darum ist es wichtig, einen Wechsel für Deutschland herbeizuführen. Martin Schulz muss Bundeskanzler werden.

Soziale Gerechtigkeit hat viele Aspekte. Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträge gehören nicht mehr in die Zeit. Das werden wir abschaffen.

Es gilt: Klare Kante bei der Ausweisung krimineller Ausländer. Wir wollen 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern schaffen. Wo Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie eingesetzt werden.

Wir konnten bereits wichtige Verbesserungen für Familien, Alleinerziehende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen. Aber viele andere Vorschläge, mit denen wir uns um die konkreten Alltagsprobleme der Menschen kümmern, blockiert die Union. Sie hat keinen Respekt vor denen, die tagtäglich hart im Job und für die Familie arbeiten.

Es ist an der Zeit, dass die Union endlich Farbe bekennt: Wenn sie wie die SPD dafür sorgen will, Frauen aus der Teilzeitfalle zu befreien, darf sie sich nicht mehr länger gegen ein Rückkehrrecht in Vollzeit sperren. Wenn sie wirklich möchte, dass sich Rentnerinnen und Rentner darauf verlassen kön-

nen, nach einem langen Arbeitsleben über mehr zu verfügen als die Grundsicherung, muss sie ihren Widerstand gegen eine Solidarrente endlich aufgeben.

.

12. Berliner Abend der Feuerwehren

Beim 12. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren ging es vor allen Dingen darum, die Arbeit der Wehren in den Fokus zu stellen und Dank und Anerkennung zu zollen. Ich habe mich gefreut, auch Vertreter von Feuerwehren aus Hamm und Lünen zu treffen.

Hartmut Ziebs, (3. v. rechts) Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, begrüßte Michaela Engelmeier und mich zusammen mit Feuerwehrleuten aus meinem Wahlkreis, darunter auch Rainer Ashoff, Leiter der Feuerwehr Lünen (rechts)

In Deutschland gibt es 2.074 Städte. Nur rund 100 dieser Städte haben eine Berufsfeuerwehr. Die allgemeine Hilfe und den Brandschutz leisten vor allem die über 22.600 Freiwilligen Feuerwehren mit rund einer Millionen ehrenamtlichen Feuerwehrleuten.

Das ist Ehrenamtlichkeit und Dienst am Gemeinwohl, die unser aller Respekt verdient. Das Ansehen der Feuerwehr in der Bevölkerung ist nach wie vor groß, darum muss Respekt und Rücksicht für unsere Helfer ein hohes Gut bleiben. Gaffer, die Einsatzkräfte bei Bränden oder Verkehrsunfällen behindern oder sogar tätlich angreifen, müssen strafrechtlich belangt werden. Deshalb ist es gut, dass wir jüngst das Strafrecht verschärft haben und solchen Tendenzen energisch entgegentreten.

Identitätsnachweis im Netz sicherer machen

Wir wollen die Nutzung der Online-Ausweisfunktion (eID) des elektronischen Personalausweises fördern. Insbesondere soll die elektronische Ausweisfunktion stärker in der Verwaltung genutzt werden. Der Personalausweis mit sogenannter eID-Funktion wurde 2010 eingeführt ist jedoch in seiner Verbreitung deutlich hinter den Erwartungen zurück geblieben. Ein Grund liegt darin, dass die Verfahren zur Freischaltung bislang aufwendig sind und nur wenige Nutzungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Der Gesetzentwurf hat daher zum Ziel gesetzliche Hürden abzubauen und die Einsatzmöglichkeiten der Online-Ausweisfunktionen des elektronischen Personalausweises zu verbreitern und die Sicherheit bei der Anwendung zu erhöhen. Dafür wird u.a. künftig jeder neue Personalausweis einsatzbereit für den elektronischen Identitätsnachweis ausgegeben.

Die Online-Funktion von Ausweisen wird verbessert.

Zahl der illegalen Waffen reduzieren

Die Zahl der illegalen Waffen und Munition in Deutschland muss reduziert werden. Um einen Anreiz zu setzen, illegalen Waffen zu melden und abzugeben, sieht ein neues Gesetz eine auf ein Jahr befristete Amnestie vor. Besitzer sollen danach nicht eingetragene Waffen ein Jahr lang straffrei bei Polizei und Behörden abgeben können.

Illegale Waffen können bis zu einem Jahr straffrei bei Behörden abgegeben werden. (Foto: pixabay)

Gleichzeitig werden die Sicherheitsstandards für die Aufbewahrung von Waffen und Munition deutlich angehoben und gleichzeitig überholte technische Standards für Sicherheitsbehältnisse aus dem Waffengesetz gestrichen.

Weitere vorgeschlagene Regelungen greifen Anregungen der Waffenbehörden in den Bundesländern auf. Dadurch soll der Vollzug des Waffenrechts effektiver werden.

Beistandsmöglichkeiten bei Gesundheitssorge und Fürsorge regeln

Ehegatten und Partner eingetragener Lebenspartnerschaften können nach geltendem Recht weder Entscheidungen über medizinische Behandlungen für ihren nicht mehr selbst handlungsfähigen Partner treffen noch diesem im Rechtsverkehr vertreten. Dies war bislang nur möglich, wenn sie von ihrem Partner oder Partnerin als rechtliche Betreuer bestellt oder im Rahmen einer Vorsorgevollmacht dazu wirksam bevollmächtigt wurden. Auch wenn sich die meisten Bürger laut empirischer Untersuchung Vertretung in rechtlichen Angelegenheiten durch ihren Partner wünschen, wird es vielfach versäumt, im Vorfeld eine entsprechende Vorsorgevollmacht zu erteilen, auch weil viele dem Irrtum unterliegen, der Ehepartner sei hierzu auch ohne Vorsorgevollmacht berechtigt. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht daher vor, dass sich Ehegatte und Lebenspartner in Angelegenheiten der Gesundheitssorge und der Fürsorge automatisch vertreten können, sofern im Rahmen einer Vorsorgevollmacht nichts anderes bestimmt wurde.

Hetze und Hassreden im Netz bekämpfen

Die Meinungsfreiheit endet dort, wo strafbare Hetzte oder Verleumdung beginnt. Strafbare Falschmeldungen, Hetze und Hassreden werden gezielt bekämpft. Um die sozialen Netzwerke zu einer zügigeren und umfassenderen Bearbeitung von Beschwerden insbesondere von Nutzerinnen und Nutzer über Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte anzuhalten, werden neue gesetzliche Regelungen ein-

Hass und Hetze im Netz werden jetzt stärker kontrolliert. (Foto:pixabay)

geführt. Vorgesehen sind eine gesetzliche Berichtspflicht für soziale Netzwerke über den Umgang mit Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten, ein wirksames Beschwerdemanagement sowie die Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten.

Verstöße gegen diese Pflichten können mit Bußgeldern gegen das Unternehmen und die Aufsichtspflichtigen geahndet werden

Spitzenförderung im Sport neu ausrichten

Wir setzen uns für einen Reformprozess zur Neuausrichtung der Spitzensportförderung durch eine perspektiv- und potentialbezogene Förderung der Athletinnen und Athleten ein und wollen leistungsfähige Förderstrukturen im Spitzensport konsequent und zielgerichtet voranzutreiben. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf; die Potentiale der Digitalisierung und Technisierung bei der Förderung des Spitzensports stärker zu nutzen und dabei wegweisende Projekte beim Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) und Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES) voranzubringen.

Um das Thema Sport geht es auch bei meiner Veranstaltung „Wo der Sportschuh drückt“ am Dienstag, dem 23. Mai 2017 um 18 Uhr in Lünen, Vereinshaus des SV Preußen 07, Alter Postweg 7. (Foto: Pixabay)

Außerdem wollen wir die Inklusion im Allgemeinen und den Leistungssport von Menschen mit Behinderung im Besonderen weiterhin intensiv fördern und dabei auch die Nachwuchsgewinnung zu forcieren.

Im Anschluss an die bisher erreichten Verbesserungen im Bereich der „Dualen Karriere“ fordern wir die Bundesregierung darüber hinaus auf, sich für weitere Fortschritte bei der Vereinbarkeit von schulischer, akademischer, beruflicher und sportlicher Karriere einzusetzen.

Härtere Strafen für Wohnungseinbrüche

Die Mindeststrafe für Wohnungseinbrecher beträgt künftig ein Jahr Freiheitsstrafe. Die Möglichkeit, nach unten von der Mindeststrafe abzuweichen, soll es bei der neuen Regelung nicht mehr geben. Der Strafrahmen reicht damit von einem Jahr bis zehn Jahren Freiheitsstrafe. Mit dem neues Gesetzt wird eine Koalitionsvereinbarung umgesetzt.

Das Strafmaß für Wohnungseinbrüche ist erhöht worden.

Die Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden werden ausgeweitet. Dazu gehört die Abfrage von gespeicherten Verkehrsdaten, sogenannten Vorratsdaten, wenn ein Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung vorliegt.

.

Die Förderung von einbruchshemmender Sicherungstechnik ist ausgeweitet worden. Bereits Investitionen ab 500 Euro sind jetzt förderfähig. Bislang lag die Mindestsumme bei 2.000 Euro. Die Höhe des Zuschusses beträgt zehn Prozent der Investition. Bis zu 1.500 Euro Zuschuss sind möglich

Europäischer Tag der Meere - 13 Millionen Tonnen Plastikabfall sind alarmierend

Der europäische Tag der Meere erinnert in jedem Jahr am 20. Mai an die zunehmende Verschmutzung unserer Meere.

Für viele von uns geht es bald wieder in den Urlaub ans Meer. Die meisten Strände werden regelmäßig gereinigt und so fällt es kaum auf, dass sie mit Plastikmüll verschmutzt sind. Dreiviertel dieses Mülls in den Meeren besteht schon aus Kunststoffen.

Man kann aber auch selbst etwas tun. Zum Beispiel wird Mikroplastik, vollkommen unnötig in Peelings oder Duschgels eingesetzt. Im Zweifelsfall einfachmal auf der

Der europäische Tag der Meere weist auf die zunehmende Verschmutzung der Ozeane hin.

Liste des BUND nachschauen, welche Produkte betroffen sind. Es gibt genügend Alternativen.

Das Europäische Parlament hat diesen wie ich finde, wichtigen Aktionstag ins Leben gerufen .Das Thema ist mir persönlich sehr wichtig, deshalb fahre ich mit einer Bundestagsdelegation und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks im Juni nach New York, um an der UN Oceans Conference teilzunehmen. Die Konferenz soll Startschuss für die Umsetzung der Agenda 2030 sein. Mehr unter:

Europäischer Tag der Meere

BUND Einkaufsratgeber

Vermüllung der Meere

EU-Nachhaltigkeitspolitik

Produktverantwortung ist Eckpfeiler einer modernen Kreislaufwirtschaft

Ich habe mich sehr gefreut, das unsere Friedrich Ebert Stiftung in den letzten Jahren immer wieder das Thema Kreislauswirtschaft in verschieden Veranstaltungsformaten aufgenommen hat. An diesen Veranstaltungen habe ich selber gerne als Referent gerne mitgewirkt.

In der Veranstaltung in dieser Woche ging es um Aspekte der Produktverantwortung. Teilgenommen haben hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Forschung und der kommunalen Unternehmen.

Weg frei für das neue Verpackungsgesetz

Der Bundesrat hat den Weg frei gemacht für das vom Bundestag beschlossene Verpackungsgesetz.

Mit dem Gesetz werden die Mehrwegsysteme und damit die Abfallvermeidung gestärkt. Durch die verpflichtende Regalkennzeichnung, können die Verbraucherinnen und Verbraucher jetzt klar erkennen, ob sie Einweg- oder Mehrwegflaschen kaufen.

Kommunen erhalten mehr Rechtssicherheit, es wird deutlich mehr und effizienteres Recycling möglich und es werden Investitionen seitens der Recyclingindustrie ausgelöst. Darüber freue ich mich als Berichterstatter für Abfallpolitik und Ressourcenschutz der SPD-Bundestagsfraktion besonders.

Ich begrüße ausdrücklich, dass nun auch der Bundesrat den Weg für das Verpackungsgesetz freigemacht hat. Auch die Bundesländer haben erkannt, dass mit dem Gesetz die Gestaltungsrechte der Kommunen gestärkt werden. „Die Kommunen können und sollten in Zukunft selbstbewusst ihre neuen Rechte gegenüber den dualen Systemen durchsetzen und den Standard ihrer Hausmüllsammlung zum Maß der Dinge bei der Verpackungssammlung machen. Probleme mit umherfliegenden gelben Säcken oder überquellenden gelben Tonnen können nun im Sinne der Bürger und Bürgerinnen schneller gelöst werden. Außerdem wird die Einführung von Wertstofftonnen für eine gemeinsame Sammlung von Abfällen aus Kunststoffen und Metallen erleichtert.

Die nun höheren Recyclingquoten sind gut für die Umwelt und schaffen gleichzeitig klare Voraussetzungen für die Recyclingbranche, die nun Planungssicherheit hat und ihre Anlagenkapazitäten anzupassen muss.

Das Verpackungsgesetz ist ein wichtiger Schritt für deutlich mehr Ressourcenschonung. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen und künftig der Abfallvermeidung und dem hochwertigen Recycling höchste Priorität einräumen.

Als Umweltpolitiker fordert ich darüber hinaus, langlebige, reparierbare und gut recycelbare Produkte zu produzieren und nachhaltige Lösungen zu entwickeln, mit denen noch mehr Wertstoffe in den Kreislauf geführt werden können – im Interesse von Verbraucherinnen und Verbrauchern und unserer Umwelt

Die Mitglieder der DLRG retten Menschen vor dem Ertrinken, bilden Rettungsschwimmer aus und helfen in der Not. Der DLRG macht einen tollen Job. In der vergangenen Woche konnte ich das in Selm am Ternscher See sehen und mit dabei sein. Tolle Sache. Vielen Dank an die fleißigen Retter und an Andreas Pollak für die Einblicke in eure Arbeit.

Gemeindefest in der Selimiye-Moschee in Lünen und das Multikulturelle Stadtfest in Lünen fanden am gleichen Tag statt. Ein gutes Zeichen für gelebte Integration und eine klare Absage an rechte Tendenzen und Fremdenfeindlichkeit..

Glückwunsch an Marc Herter, der beim 10. Spadaka Renntag den zweiten Platz belegt hat. Hartmut Weber und ich haben alles gegeben.

Das ist eine gute Tradition des Ortsvereins Hamm-Stadt, die ich gerne unterstütze. Jedes Jahr gedenken wir der Trümmerfrauen, die einen maßgeblichen Anteil am Wieder-aufbau der Stadt geleistet haben.

„Echtes Engagement. Echte Vielfalt. Echt AWO.“ *Engagement ist tief in der Tradition der AWO verwurzelt. Darum unterstütze ich als AWO-Mitglied und Vorsitzender des Ortsvereins Lünen-Nord die AWO-Aktionswoche, die noch bis zum 21. Mai 2017 läuft und über zahlreiche soziale Themen informiert. Vielfalt wirkt vielfach: Die AWO ist mit ihren Ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern in dieser Woche und im ganzen Jahr für alle Menschen mit unterschiedlichen Angeboten da. Von der KITA bis zum Seniorenwohnheim.*

Vielen Dank an die Aktiven der *FUgE Hamm für die Einladung an ihren Info-Stand. Zusammen führen wir eine intensive Diskussion über die Herausforderungen der Globalisierung.*

Viele Grüße aus Berlin und ein herzliches Glückauf

Euer Michael Thews